

II-2101 der Bellagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10581J

1981 -03- 19

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. MOCK, Dr. KEIMEL, Dr. ZITTMAYR, HEINZINGER,
und Genossen Dr. KOHLMAIER

an den Bundesminister für Finanzen
betreffend neue Steuerlasten für die österreichische
Bevölkerung

Seit dem Amtsantritt von Finanzminister Dr. Salcher wird die österreichische Bevölkerung ständig mit der Ankündigung neuer Steuerlasten konfrontiert. Nachdem jahrelang jede Steuer-, Tarif- und Gebührenerhöhung mit den Argumenten der Budgetsanierung, des Defizitabbaues und der Arbeitsplatzsicherung begründet wurde, stellt sich heraus:

- o Die Österreicherinnen und Österreicher haben noch nie soviel Steuern gezahlt wie heute,
- o das Budgetdefizit war noch nie so hoch wie heute und
- o noch nie waren soviele Arbeitsplätze so gefährdet wie heute.

Während die Löhne und Gehälter im Jahr 1981 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 7 % steigen werden, nehmen die Einnahmen des Staates aus der Lohnsteuer um 15 % zu. In den letzten fünf Jahren wuchs die Lohnsteuer doppelt so rasch wie die Löhne und Gehälter.

Das Budgetdefizit ist gleichzeitig seit 1974 um mehr als 30 Mrd.S oder 170 % größer geworden. Milliardenbeträge, in

vielen Belastungswellen den Bürgern abgenommen, werden und wurden beim AKH, bei General-Motors und beim österreichischen Konferenzzentrum bei der UNO-City verschwendet oder falsch eingesetzt.

Nach mehr als 10 Jahren sozialistischer Alleinregierung häufen sich die Meldungen über Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Firmenzusammenbrüche im verstaatlichten und privaten Bereich. Gerade die ständigen Steuerbelastungen der letzten Jahre und eine verfahrenere Wirtschaftspolitik haben renommierte Betriebe unseres Landes in Schwierigkeiten gebracht.

Im Schatten des sogenannten sozialistischen Wirtschaftsprogramms kommt nun auf die Österreicherinnen und Österreicher eine neue riesige Belastungswelle zu:

- 1.) Die Einführung einer Sparsbuchsteuer, die hunderttausende kleine Sparer um einen Teil ihrer ersparten Zinsen bringen wird.
- 2.) Die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts, die Millionen Arbeitnehmern ihre Weihnachts- und Urlaubsgelder kürzen wird.
- 3.) Die Besteuerung der Sozialversicherungsabgaben, die Millionen Menschen ihre Nettobezüge verkleinern wird.
- 4.) Die Erhöhung der Einheitswerte, die hunderttausenden Besitzern kleiner Eigenheime und Eigentumswohnungen das Wohnen verteuern wird.
- 5.) Die Erhöhung der Einheitswerte, die die Betriebe finanziell noch stärker auszehren wird.
- 6.) Die neuerliche Erhöhung der Mehrwertsteuer, die das Einkaufen wiederum teurer machen wird.
- 7.) Die Verringerung der Abschreibung für Anlagegüter und des Investitionsfreibetrages, die den Betrieben Geld in Milliardenhöhe entziehen wird, das für arbeitsplatzsichernde Investitionen fehlen wird.

- 3 -

Darüber hinaus werden je nach politischem Standort, von Exponenten der SPÖ immer wieder - einander auch widersprechende - Steuererhöhungen gefordert.

Die sozialistische Regierung läßt sich in ihrem Bestreben, die österreichische Bevölkerung mit neuen Steuern zu belasten, nicht einmal von ihren eigenen Wahlversprechungen und von dezidierten Erklärungen ihrer Regierungsmitglieder hindern.

"Eine Besteuerung der Spareinlagen kommt nicht in Frage."
(Wahlplattform der SPÖ 1979)

"Es ist nicht die Absicht der Bundesregierung, eine Quellenbesteuerung für Sparguthaben oder die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts einzuführen."
(Der Bundeskanzler am 9.5.1979)

"Keine Angleichung der Einheitswerte an die Verkehrswerte."
(Der Finanzminister am 30.4.1979)

Behauptungen der ÖVP, die SPÖ plane diese Erhöhungen, wurden als "Unterstellungen und Wiederholungen einer Lügenkampagne" abgetan.

Wie ernst Wahlversprechen von sozialistischen Spitzenpolitikern genommen werden, zeigt sich am deutlichsten beim sozialistischen Präsidenten des Gewerkschaftsbundes. Laut Kronenzeitung vom 28.2.1981 erklärte Benya zur Frage Wahlversprechen wörtlich: "Sicherlich, da gibt's ein Wahlversprechen aus dem Jahre 1978, daß 13. und 14. Monatsgehalt nicht angetastet werden. Aber damals war die Konjunktur gut, die Inflationsrate niedrig und die Arbeitsplätze waren relativ sicher. Heute sieht das anders aus, die Zeiten haben sich geändert und man kann nicht so stur sein, wie es vielleicht die in den Oststaaten sind."

Von den verantwortlichen sozialistischen Spitzenpolitikern werden ständig neue Aussagen über Termine, Umfang, Art und Form der bevorstehenden Lohn- und Einkommensteueranpassung gemacht. Wie notwendig eine solche Anpassung bereits geworden ist, zeigt sich nicht zuletzt in der Tatsache, daß breite Bevölkerungsgruppen in den letzten Jahren bereits beachtliche Realeinkommensverluste hinnehmen mußten.

Um Klarheit zu schaffen, wie es in dieser Legislaturperiode mit der österreichischen Steuerpolitik weitergehen soll, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1.) Warum sind Sie grundsätzlich für die höhere Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes ?
- 2.) Ist beabsichtigt, in dieser Legislaturperiode noch eine höhere Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes in die Wege zu leiten ?
- 3.) Nach welchen Grundsätzen werden Sie die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts für das Jahr 1983 vorbereiten ?
- 4.) Werden Sie im Gegensatz zu den Versprechungen der SPÖ die Einführung einer Sparbuchsteuer vorschlagen ?
- 5.) Wenn ja, wann sind seitens der Bundesregierung welche Maßnahmen geplant ?
- 6.) Treten Sie grundsätzlich für eine Besteuerung der Sozialversicherungsbeiträge ein ?

- 5 -

- 7.) Können Sie wenigstens für die laufende Gesetzgebungsperiode eine solche Besteuerung der Sozialversicherungsbeiträge ausschließen ?
- 8.) Wenn nein, wann sind welche konkreten Maßnahmen geplant ?
- 9.) Ist die Annäherung von Einheitswerten an die Verkehrswerte in dieser Legislaturperiode geplant ?
- 10.) Wenn ja, wann sind welche Maßnahmen seitens der Bundesregierung vorgesehen ?
- 11.) Können Sie eine neuerliche Erhöhung von Mehrwertsteuersätzen bzw. eine Umgruppierung von Waren und Leistungen in höhere Sätze in dieser Legislaturperiode ausschließen ?
- 12.) Wenn nein, wann sind welche konkreten Maßnahmen geplant ?
- 13.) Können Sie in der laufenden Gesetzgebungsperiode sonstige Steuererhöhungen bzw. die Einführung neuer Steuern ausschließen ?
- 14.) Wenn nein, wann sind welche konkreten Maßnahmen geplant ?
- 15.) Besteht seitens der Bundesregierung tatsächlich die Absicht, die vorzeitige Abschreibung für Anlagegüter und den Investitionsfreibetrag zu reduzieren ?
- 16.) Wenn ja, wann ist mit welchen Maßnahmen zu rechnen ?
- 17.) Wann werden Sie dem Nationalrat eine Vorlage auf Milderung der unerträglichen Lohn- und Einkommensteuerprogression zuleiten ?

Gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.